

**ONLINE-PUBLIKATION**

Mario Candeias

# Wirtschafts- wende jetzt

Die Erosion des deutschen Export-  
modells erfordert Elemente  
einer neuen Ökonomie

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 4/2023

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Juni 2023

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.  
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

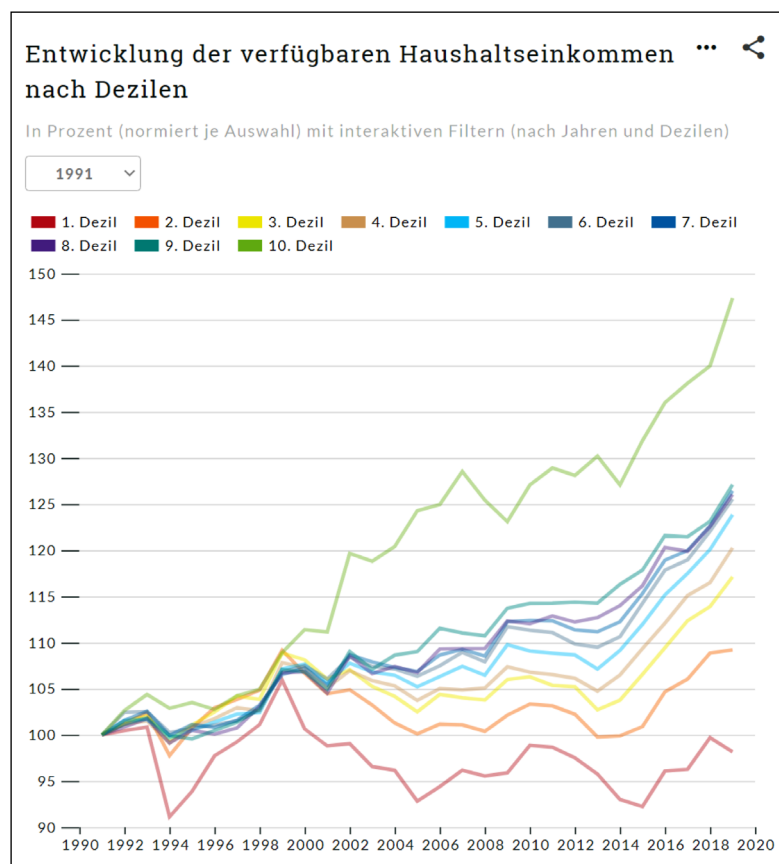
# WIRTSCHAFTSWENDE JETZT

## DIE EROSION DES DEUTSCHEN EXPORTMODELLS ERFORDERT ELEMENTE EINER NEUEN ÖKONOMIE

Die Krisen häufen sich: Finanzmarktkrisen, Klimakrise, Pandemie und abgerissene Lieferketten, Krieg und die sprunghafte Inflation bei Energie- und Lebensmittelpreisen. Die Regierung in Deutschland – und nicht nur hier – versucht, den Kapitalismus am Laufen zu halten, doch die Ungleichheit in der Gesellschaft wächst weiter: Energie- und Ölkonzerne, Lidl & Aldi, Amazon und einige Banken und Finanzdienstleister schöpfen sprunghaft gestiegene (Extra-)Profite ab. Deutsche DAX-Unternehmen erzielten im Jahr 2022 Gewinne von rund 120 Milliarden Euro nach dem Rekord im Pandemiejahr 2021 von 129 Milliarden Euro. Das beschert auch den Aktionär\*innen Spitzenwerte bei den ausgeschütteten Dividenden, im laufenden Jahr 2023 werden es schätzungsweise 55 bis 62 Milliarden Euro sein (Börsen-Zeitung v. 16.3.2023). Auch die Aktienrückkäufe erreichen immer neue Rekorde, um den Kurswert des jeweiligen Unternehmens zu steigern. Generell wächst der Reichtum der Superreichen auch in Deutschland immer schneller an (siehe Abbildung 1).<sup>1</sup> Gleichzeitig weiß ein wachsender Teil der Bevölkerung, bis in die Mitte der Gesellschaft hinein, kaum oder nicht mehr, wie er bei dieser Preisentwicklung noch über die Runden kommen soll. Immer mehr Menschen sind von Armut betroffen. Und mehr und mehr zeigen mutig ihr Gesicht unter dem Hashtag #IchBinArmutsbetroffen. Die beschämende Debatte um das Bürgergeld und eine nur graduelle Abkehr von Hartz IV hat gezeigt, wie aus der Ungleichheit längst eine gesellschaftliche Spaltung mit harten Grenzziehungen nach «unten» geworden ist.

Die Bundesregierung federt Energiepreiskrise, sinkende Reallöhne, wachsende Angst vor Armut und Engpässe bei Unternehmen mit einem «Doppelwumms» von 200 Milliarden Euro ab. Zwar sind die Maßnahmen mit Blick auf Menschen mit geringem Einkommen wenig zielgerichtet und verteilen ohne ökologische Lenkungswirkung nach oben um, aber die Größenordnung wirkt erst einmal. Also sozialer Zusammenhalt und Profite gesichert! Aber, ist der Standort Deutschland stabil?

Abbildung 1: Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen



Quelle: Grabka 2022: 335

<sup>1</sup> Die jahrelange gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben hat die Ungleichheit in der Bundesrepublik auf den höchsten Stand (mit einem Gini-Koeffizienten von rund 31 Punkten in den Jahren 2018 und 2021) seit Ende des Zweiten Weltkriegs getrieben. Die reichsten Deutschen haben ihr Vermögen während der Corona- und Energiepreiskrise um 75 Prozent gesteigert. Die obersten 10 Prozent besitzen in Deutschland inzwischen fast 70 Prozents des Gesamtvermögens. Bereits 2018 urteilten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Europäische Zentralbank, dass «das Vermögen in Deutschland auch im europäischen Vergleich besonders ungleich zugunsten der Superreichen verteilt» ist (Der Spiegel v. 23.1.2018, [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-45-superreiche-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-deutsche-bevoelkerung-a-1189111.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-45-superreiche-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-deutsche-bevoelkerung-a-1189111.html)). Allein die fünf reichsten Familien in Deutschland verfügen mit rund 210 Milliarden Euro (2023) inzwischen über ein so großes Vermögen, wie die gesamte untere Hälfte der Gesellschaft zusammen besitzt (vgl. Vermögen-Magazin v. 12.2.2023, [www.vermoegenmagazin.de/die-reichsten-deutschen](http://www.vermoegenmagazin.de/die-reichsten-deutschen)).

## TRANSFORMATION IN TRIPPELSCHRITTEN ODER DIE AMPEL UND DIE KOMMENDE ÖKONOMISCHE KRISE

Die Ampelregierung wollte mehr und weitreichendere Maßnahmen zum Klimaschutz und für entsprechende Investitionen in den Umbau der Wirtschaft ergreifen als all ihre Vorgängerregierungen, aber nun erfolgt die Transformation in Trippelschritten. Dabei war schon vor dem Krieg Putins gegen die Ukraine klar, dass die verbindlichen Vorgaben zur Treibhausgasminderung von Europäischer Union (EU) und deutschem Klimaschutzgesetz eine Verdreifachung des Tempos bei den CO<sub>2</sub>-Einsparungen und beim Ausbau der erneuerbaren Energien erfordern.

Seit Kriegsbeginn versucht die Ampelregierung nun zu Recht, die Unabhängigkeit von russischen Gas- und Ölimporten zu erreichen. Doch statt den Ausbau der erneuerbaren Energien drastisch zu erhöhen, setzt sie auf noch umweltschädlicheres Fracking-Gas aus den USA und macht Deals mit autoritären Staaten wie Katar. Gleichzeitig behindert sie auf europäischer Ebene die Festsetzung von (Höchst-)Preisen für Gas und die Nutzung der Marktmacht der EU beim gemeinsamen Gaseinkauf und sorgt für Ausnahmen, zum Beispiel beim Aus für den Verbrennermotor.

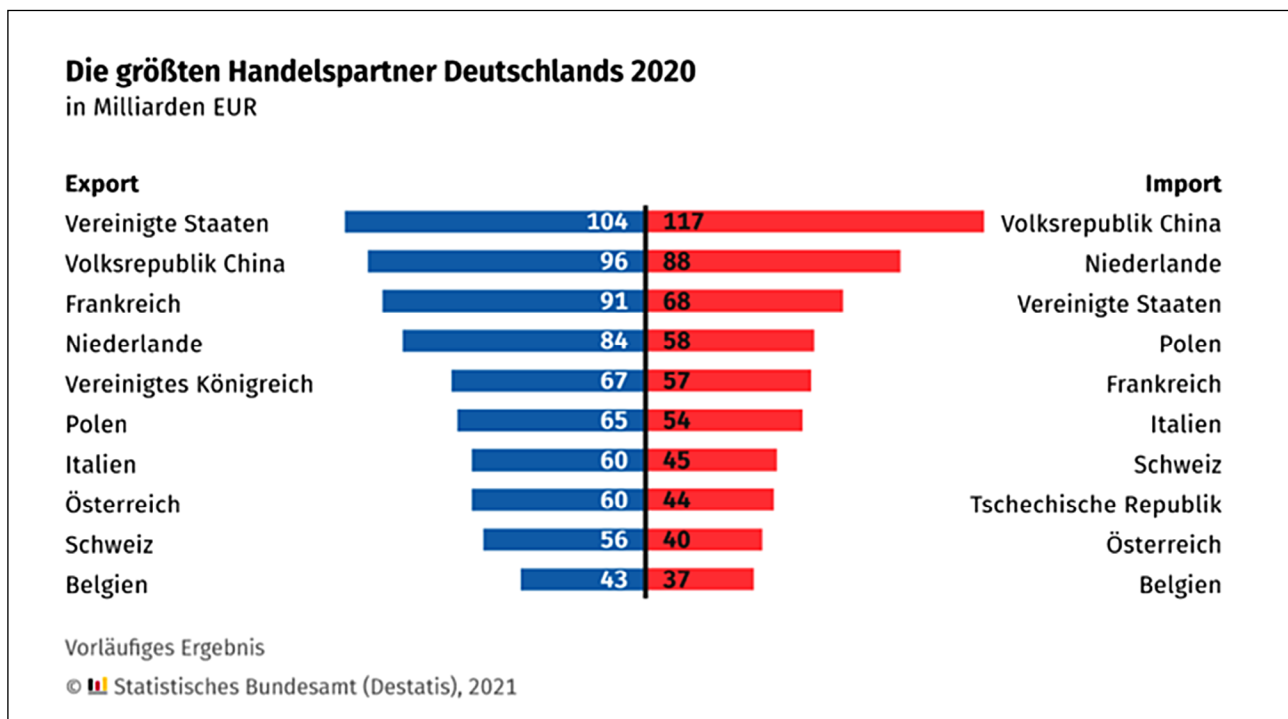
Für die Aufrüstung der Bundeswehr wird ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen aufgelegt, nicht aber für die Investitionen in eine postfossile Energiesouveränität als Basis für eine sichere Zukunft. Und auch für die Instandsetzung und den Ausbau der sozialen

Infrastrukturen fehlt das Geld: für Krankenhäuser und Kitas, Schulen und Pflegeheime, eine gerechte Mobilitätswende für alle, bezahlbaren Wohnraum und für mehr Personal in der Verwaltung. Personal und Infrastrukturen müssen aus dem laufenden Haushalt gedeckt werden, für den ab jetzt wieder die Schuldenbremse gilt. Und die sozial-ökologische Transformation? Sie soll den Standort nicht «überfordern» und wird auf die Zukunft verschoben. Bis zum nächsten extremen Wetterereignis, einer kommenden langen Dürre oder einer Überschwemmung. Das 1,5-Grad-Ziel ist so kaum mehr zu halten. Die nächste Generation muss das Gefühl bekommen, dass ihre Zukunft nicht zählt.

Die Ampel agiert weit unterhalb des gesellschaftlich Notwendigen, es reicht gerade, um die Krisen vorübergehend abzufedern. Aber die soziale Krise gärt und die Klimakrise wartet nicht. Und dahinter wächst eine neue Gefahr: eine tiefe ökonomische Krise bzw. *die langsame Erosion des deutschen Wirtschaftsmodells*. Es basiert auf immer neuen Rekord-Exportüberschüssen, die auf billige Energie, im Vergleich zur Wertschöpfung niedrige Löhne und niedrige Preise bei Lebensmitteln, Kleidung und Konsumgütern aller Art zurückgehen. Durch den Konkurrenzdruck trägt dieses deutsche Modell auch zur Instabilität in anderen Ländern bei, nicht zuletzt innerhalb der EU.

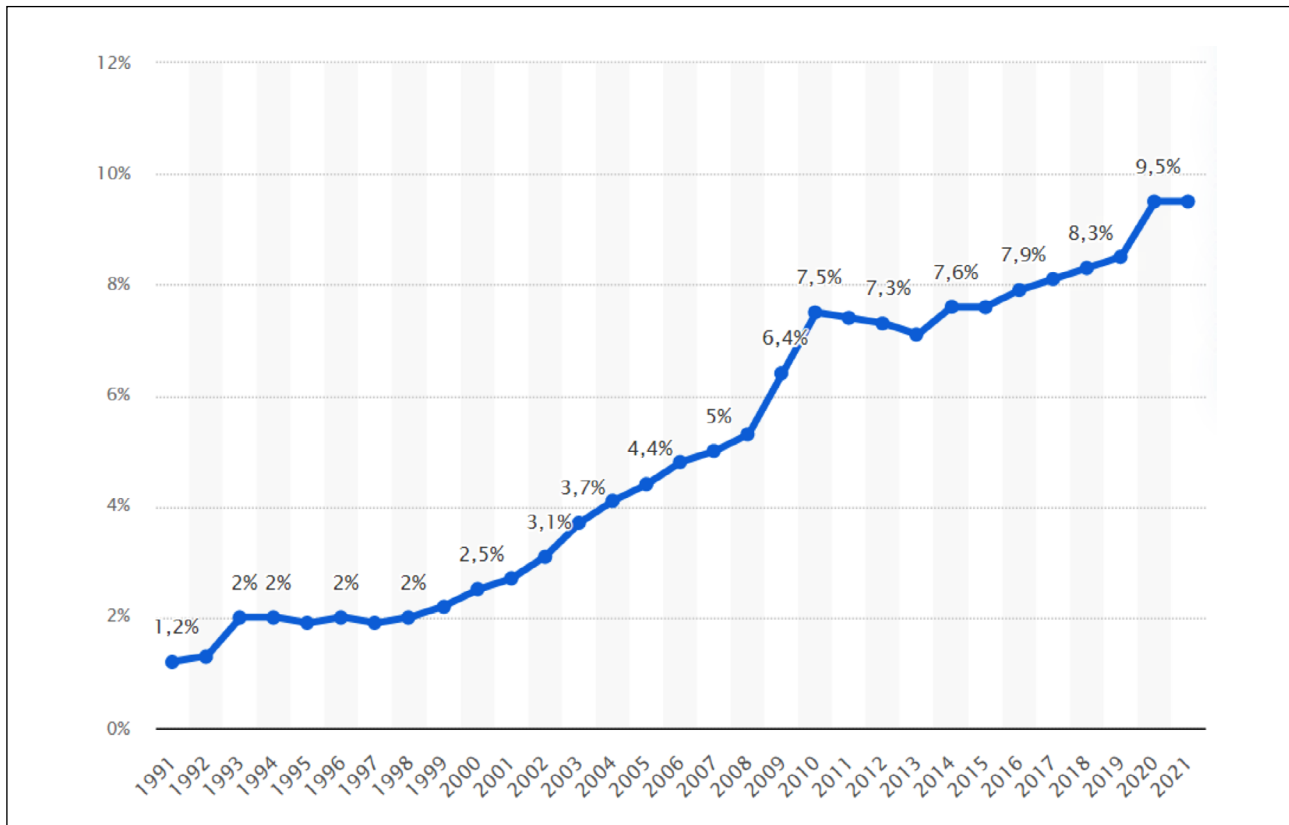
Aber niedrige Preise gehören jetzt mehr und mehr der Vergangenheit an. Angefangen mit den Energiepreisen, die auch schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine drastisch angestiegen waren und nicht

Abbildung 2: Die größten Handelspartner Deutschlands 2020



Quelle: Statistisches Bundesamt 2021

Abbildung 3: Anteil Chinas am deutschen Außenhandel (Im- und Exporte)



Quelle: Statista 2023b

mehr auf das Niveau der letzten Jahrzehnte zurückkehren werden. Hinzu kommen unterbrochene Lieferketten, der Mangel an Ressourcen, seien es Kupfer oder Lithium oder fehlende Hightech-Chips. All diese Faktoren begrenzen die Wachstumsraten des bisherigen Modells. Produktionsverlagerungen und Global Sourcing (dt. etwa «globales Einkaufen», zu dem auch Dienstleistungen gehören), vor allem in bzw. nach Ostasien und China, aber auch Osteuropa, und entsprechend komplexe Lieferketten mit Just-in-time-Produktion sind anfällig für Versorgungsengpässe, die Produktionsausfälle und steigende Preise mit sich bringen.

Dass das deutsche Exportmodell bald der Vergangenheit angehören könnte, hängt auch mit dem Verlust von Marktanteilen durch veränderte Akkumulationsstrategien anderer Länder zusammen: Die USA sind bislang immer noch der größte Abnehmer für Exportgüter aus Deutschland (siehe Abbildung 2). Doch die USA haben gerade – gegen den Protest der EU – ein Buy-American-Programm in Höhe von 370 Milliarden US-Dollar aufgelegt (der «Inflation Reduction Act»), um die eigene Industrie zu fördern. So wird etwa der Neukauf von E-Autos mit 7.500 US-Dollar gefördert, solange es ein US-ame-

rikanisches Modell ist oder zumindest wesentliche Teile im Inland produziert wurden. Zuvor hatte die Biden-Regierung bereits ein 550 Milliarden US-Dollar umfassendes großes Infrastrukturprogramm und ein Investitionsprogramm über 369 Milliarden US-Dollar für klimafreundliche Technologien verabschiedet. Die staatlichen Hilfen summieren sich also auf knapp 1,3 Billionen US-Dollar.

Der zweitgrößte Markt für Waren aus Deutschland ist *China*, das über Jahre nicht nur das Land mit den höchsten Wachstumsraten weltweit war, sondern auch das Land mit den höchsten Wachstumsraten für Exporte aus Deutschland (siehe Abbildung 3).

Auch die Entwicklungen in China sind nicht gerade zum Vorteil für Unternehmen aus Deutschland.<sup>2</sup> Längst will das Land nicht mehr nur verlängerte Werkbank, sondern ernstzunehmender Produzent sein. Das Wachstum wird durchaus kontrolliert abgebremst, zugleich wird der Binnenmarkt entwickelt und eigenständige Konzerne, nicht zuletzt im Hightech-Bereich, werden als internationale Player auf dem Weltmarkt etabliert, verbunden mit staatlicher Förder- und Industriepolitik.

Der Ausbau der regenerativen Energien wird seit Jahrzehnten massiv gefördert, 45 Prozent der globa-

<sup>2</sup> Für wichtige Hinweise zur Situation in China danke ich Timo Daum.

len Investitionen in Erneuerbare stammen aus China. Während der Anteil der Erneuerbaren am Strommix in Deutschland 46 Prozent beträgt, sind es in China immerhin rund 30 Prozent. Das Land ist Weltmarktführer in der Herstellung und im Einsatz von Windkraftanlagen, Solarzellen und Smart-Grid-Techniken, während es in Deutschland keine Windkraft- oder Solaranlagenbauer mehr gibt.

Bis 2030 sollen in China 50 Prozent E-Autos auf den Straßen fahren, derzeit sind es rund 25 Prozent (vgl. auch Boewe/Schulten 2023). Zum Vergleich: Deutschland liegt derzeit bei 1,2 Prozent, bis 2030 wird knapp ein Viertel (24 Prozent) angestrebt. Geht die Entwicklung so weiter, dürfte es in nur wenigen Jahren schwer werden, überhaupt noch Verbrenner in China loszuwerden. Auf dem größten E-Auto-Markt der Welt – zwei Drittel aller batteriebetriebenen Fahrzeuge werden dort zugelassen – lag 2021 der Anteil deutscher Hersteller bei gerade einmal 4 Prozent. Nicht nur beim Bau von E-Autos und Batterietechnologie liegen die deutschen Hersteller weit abgeschlagen hinter den chinesischen zurück. Mit chinesischen Fördergeldern dürfen seit Kurzem nur noch chinesische Automarken gekauft werden, wie in den USA. Die Regierung strebt einen Anteil heimischer Hersteller von 80 Prozent an.

Während sich der Markt in China schließt, treten *chinesische Konzerne als neue Konkurrenten* auf, die auch auf den deutschen Markt drängen.<sup>3</sup> In wichtigen Teilmärkten wie der Produktion von E-Autos, insbesondere der Batteriefertigung, in der Produktion von Solar- und Windkraftanlagen, von E-Bussen für den Nahverkehr oder von grünem Stahl sind deutsche Konzerne kaum noch konkurrenzfähig. Beispiel Batteriezellenfertigung: Ob Daimler oder Volkswagen, deutsche Hersteller sind nun ihrerseits auf Joint-Ventures mit chinesischen Unternehmen angewiesen. Daimlers chinesischer Partner CATL ist dabei fast doppelt so viel wert wie Daimler. Und chinesischen Investoren gehören bereits 20 Prozent von Daimler, Geely hält 9 Prozent, BAIC, ein weiterer chinesischer Autohersteller, 5 Prozent. Eine Übernahme, wie zuvor bei Volvo, scheint nicht ausgeschlossen (sofern die Bundesregierung dies inzwischen noch zuließe). Große Konzerne wie BYD oder Great Wall wollen verstärkt selbst auf dem deutschen Markt vertreten sein, und zwar nicht nur mit großen Premiummodellen, sondern mit der ganzen Palette, also auch mit kleineren und erschwinglichen E-Autos – da haben die deutschen Hersteller wenig zu bieten. In Sachen Digitalisierung sind nach wie vor die US-amerikanischen

Technologiekonzerne die größten Konkurrenten, die in die Märkte von der Auto- bis zur Rüstungsproduktion vordringen. Mittlerweile ist allerdings China Exportweltmeister im Maschinenbau und holt bei der Robotik und auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz mit großen Schritten auf.

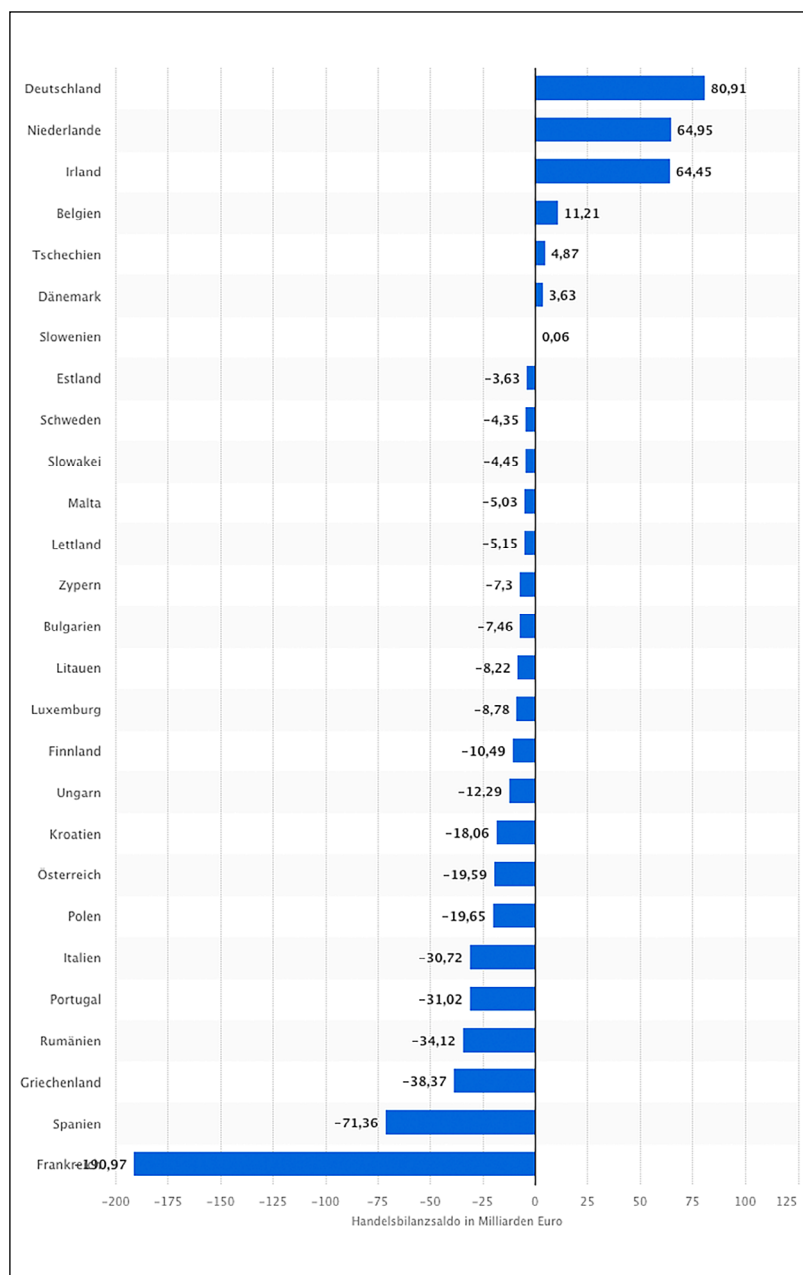
Dazu kommen wachsende *Handelskonflikte*, insbesondere zwischen den USA und China, aber eben auch zwischen der EU und den USA. Bekanntermaßen wird die neue Blockkonfrontation zwischen China (und Russland) und dem Westen sicherheitspolitisch begründet. Tatsächlich geht es aber *weniger um eine Konfrontation entlang der Linie Demokratie versus Autoritarismus*, sondern *vielmehr um einen Konkurrenzkampf um die globale Führung in der neuen Entwicklungsperiode* hin zu einem digitalisierten, grünen Kapitalismus. Dabei stehen sich im Wesentlichen China und die USA gegenüber, während sich die EU in einer problematischen Zwischenposition befindet: zwischen subalternem US/NATO-Partner und eigenständigem Akteur. Die Folgen sind eine verstärkte Konkurrenz im Bereich der Hochtechnologien, eine partielle Deglobalisierung, eine dramatische Aufrüstung, gewaltförmige Konflikte und Kriege an den Rändern der «Green Empires» bzw. an den tektonischen Berührungspunkten der beiden Blöcke. Zugleich wird dadurch die Klima- und Umweltkrise verschärft, stoffliche, finanzielle und andere gesellschaftliche Ressourcen werden verschleudert. Das geht nicht zuletzt auf Kosten von Menschen(-leben), die für den Umbau dringend nötig wären. Seit Jahren belegen sich die beiden größten Volkswirtschaften der Welt mit Handelsbeschränkungen «auf alle möglichen Güter und Dienstleistungen ... mit Auswirkungen für alle globalen Handelspartner ... [v. a.] beim Handel mit Technologie» (Roubini 2022: 191).

Ökonomisch könnte die wachsende Blockkonfrontation zukünftig zu einer *Aufspaltung der globalen Lieferketten* führen – in einerseits um China zentrierte und andererseits um die USA zentrierte Lieferketten (ebd.: 192 f.).<sup>4</sup> Eine solche Spaltung hätte vor allem einen relativ zum globalen Sozialprodukt tendenziell abnehmenden globalen Handel, das Wegbrechen zentraler Wachstumsmärkte und weiter steigende Preise und Produktionskosten zur Folge – die Rüstungsbranche allerdings dürfte davon profitieren. Der jüngste Konjunkturbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestätigt die Befürchtungen einer «geoökonomischen Fragmentierung» der Lieferketten und Handelsbeziehungen. Er betrachtet Produktionsverlagerungen in Länder mit jeweils vergleichba-

3 Chinesische Konzerne scheinen mit Blick auf die industriellen Beziehungen, das Agieren von Betriebsräten und die Tarifrechte bisher verlässlicher zu sein als US-amerikanische Unternehmen wie Tesla oder Intel, so die Politologin und Industriosoziologin Antje Blöcker im Gespräch mit dem Autor.

4 «Wenn wir die Lieferketten in eine Vielzahl befreundeter Nationen auslagern, können wir den Marktzugang sicher erweitern und die Risiken für unsere [US-amerikanische, europäische etc.] Wirtschaft und die der Handelspartner unseres Vertrauens reduzieren», so die US-Finanzministerin Janet Yellen schon im April 2022 (Yellen 2022).

**Abbildung 4: Europäische Union: Handelsbilanzsalden der Mitgliedstaaten im Jahr 2022 (in Milliarden Euro)**



Quelle: Statista 2023a

ren politischen Präferenzen entlang der Blockbildung mit Sorge und befürchtet eine weitere deutliche Abnahme der bereits gesunkenen globalen ausländischen Direktinvestitionen. In den 2000er-Jahren lagen diese noch bei 3,3 Prozent der Weltwirtschaftsleistung, zwischen 2018 und 2022 nur noch bei 1,3 Prozent (IWF 2023). Der Trend zur Deglobalisierung ist bereits manifest.

*Innerhalb der EU ist das deutsche Exportwachstum aufgrund der ohnehin schon enormen Ungleichge-*

wichte in den Leistungsbilanzen *begrenzt*. Andere Mitgliedsstaaten sind kaum in der Lage, immer noch größere Mengen an Waren aus Deutschland abzunehmen. Die wichtigsten großen Handelspartner wie Frankreich, Spanien oder Italien, aber auch Großbritannien (das die EU verlassen hat) haben bereits deutlich negative Handelsbilanzen (siehe Abbildung 4). Der Anteil der Exporte in die EU ist seit dem Jahr 2008 um etwa 10 Prozent gesunken (Statista 2023e). Seit 2016 ist der jährliche Exportüberschuss von fast 250 auf rund 81 Milliarden Euro im Jahr 2022 zurückgegangen (Statistisches Bundesamt 2023). Das mag alles noch nicht dramatisch sein, der Trend aber ist unübersehbar.

Auch weil *Importe* wertmäßig (nicht quantitativ) anwachsen, vor allem die *Preise* für bestimmte Güter, sprechen wir nicht umsonst von *importierter Inflation* (Hickel 2022),<sup>5</sup> die auf Lieferkettenprobleme und – damit verbunden – steigende Preise, auf den Kampf um dringend benötigte Rohstoffe und Seltene Erden für die Transformation und natürlich auf die steigenden Energiekosten zurückzuführen ist, die wiederum mit dem Ersatz billiger russischer Öl- und Gaslieferungen zugunsten der ökologisch noch schädlicheren und erheblich teureren LNG-Importe aus den USA oder Katar zu tun haben. Aber auch die Preise für regenerative Energie werden im Schnitt teurer sein als die für fossile Energie, da bei deutlich erhöhten Strombedarfen der verspätete Ausstieg aus den fossilen und der verzögerte Aufbau

erneuerbarer Energien zu Engpässen führen wird. Insgesamt werden die Preise in Zukunft eher anziehen. Dies führt schon jetzt zu steigenden Produktionskosten im Lande, was wiederum die preisliche Wettbewerbsfähigkeit schwächt. Das Wirtschaftsberatungsunternehmen Prognos schätzt, dass der Niedergang der Exporte kein vorübergehendes Phänomen ist (vgl. Storz 2020).

Zwar sind zum Beispiel Autokonzerne mit Stammsitz in Deutschland noch immer stark im Hinblick

<sup>5</sup> Die Inflation liegt, anders als übliche neoklassische Modelle nahelegen, nicht an einer überhitzten Konjunktur und nur teilweise an einer gestiegenen Nachfrage. Zwar gab es einen nachholenden kleinen Boom bei der Nachfrage nach den Jahren der Pandemie, aber die Lohnentwicklung der letzten Dekade wirkt sich stark dämpfend auf die allgemeine Konsument\*innennachfrage aus. Der Preisdruck kommt vielmehr von der Angebotsseite.



auf die globale Produktion und den Export. Der Export *aus* Deutschland in andere Länder, sprich: die Produktion in Deutschland, nimmt aber stark ab, wie Abbildung 5 zeigt.

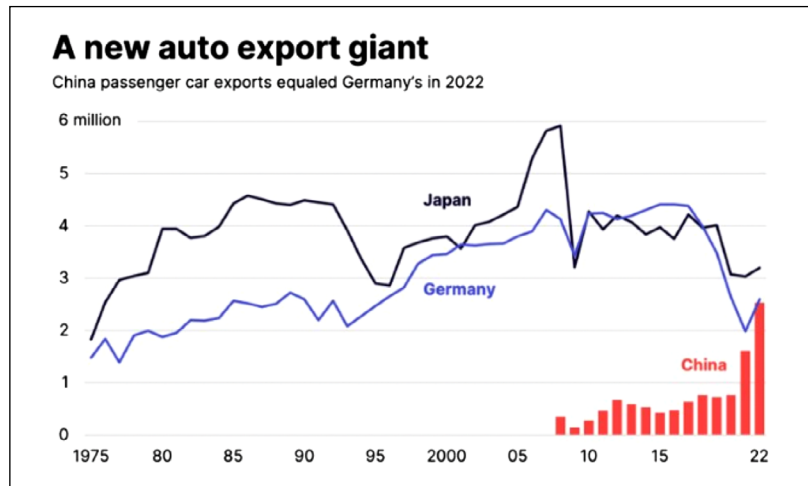
Die industrielle Machtbasis der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, droht damit (weiter) zu erodieren, die starken Kernbelegschaften schrumpfen stetig.

Zugleich gerät die in Deutschland lange gepflegte *Lohnzurückhaltung* im Vergleich zur Produktivität unter Druck: Seit dem Pforzheimer Abkommen zur Verbetrieblichung und der Einführung von Hartz IV sind die Reallöhne in Deutschland gesunken und konnten erst nach der großen Krise von 2009 wieder zulegen. Seit der Pandemie sind die Reallöhne jedoch dem gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) zufolge erneut um 4,7 Prozent abgestürzt (siehe Abbildung 6).

Für das erste Quartal des Jahres 2023 meldete das Statistische Bundesamt zwar den höchsten Nominallohnanstieg seit 2008, nicht zuletzt aufgrund der starken Tarifbewegungen der Gewerkschaften – unterm Strich lagen die Reallöhne aber um 2,3 Prozent niedriger als im Vorjahresquartal (vgl. nd v. 23.6.2023, S. 7).

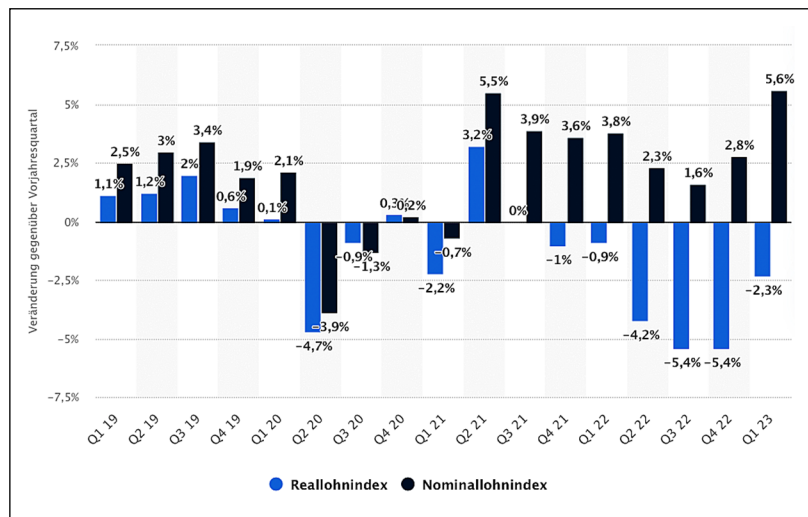
Angesichts einer *Inflation* von rund 10 Prozent im Jahr 2022 und geschätzten 8 bis 9,5 Prozent im Jahr 2023 fordern die Gewerkschaften eine deutliche Anhebung der Löhne. Billige Nahrungsmittel, billigste Textilien und billige Konsumgüter wird es aus oben genannten Gründen so nicht weiter geben. Vor diesem Hintergrund und angesichts eines zunehmenden Mangels an Arbeitskräften – von Ingenieur\*innen und Pfleger\*innen über Busfahrer\*innen und Lehrer\*innen bis hin zu Verkäufer\*innen – wird der Druck auf die Reallöhne wachsen – was gut ist. Lidl und Aldi beispielsweise bieten von sich aus endlich 14 Euro pro Stunde an, also deut-

Abbildung 5: Ein neuer Auto-Export-Gigant



Quelle: Mackenzie/Sahay 2023

Abbildung 6: Entwicklung der Reallöhne/Nominallohne\* in Deutschland vom 1. Quartal 2019 bis zum 1. Quartal 2023



\* Bezogen auf vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer\*innen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

Quelle: Statista 2023c

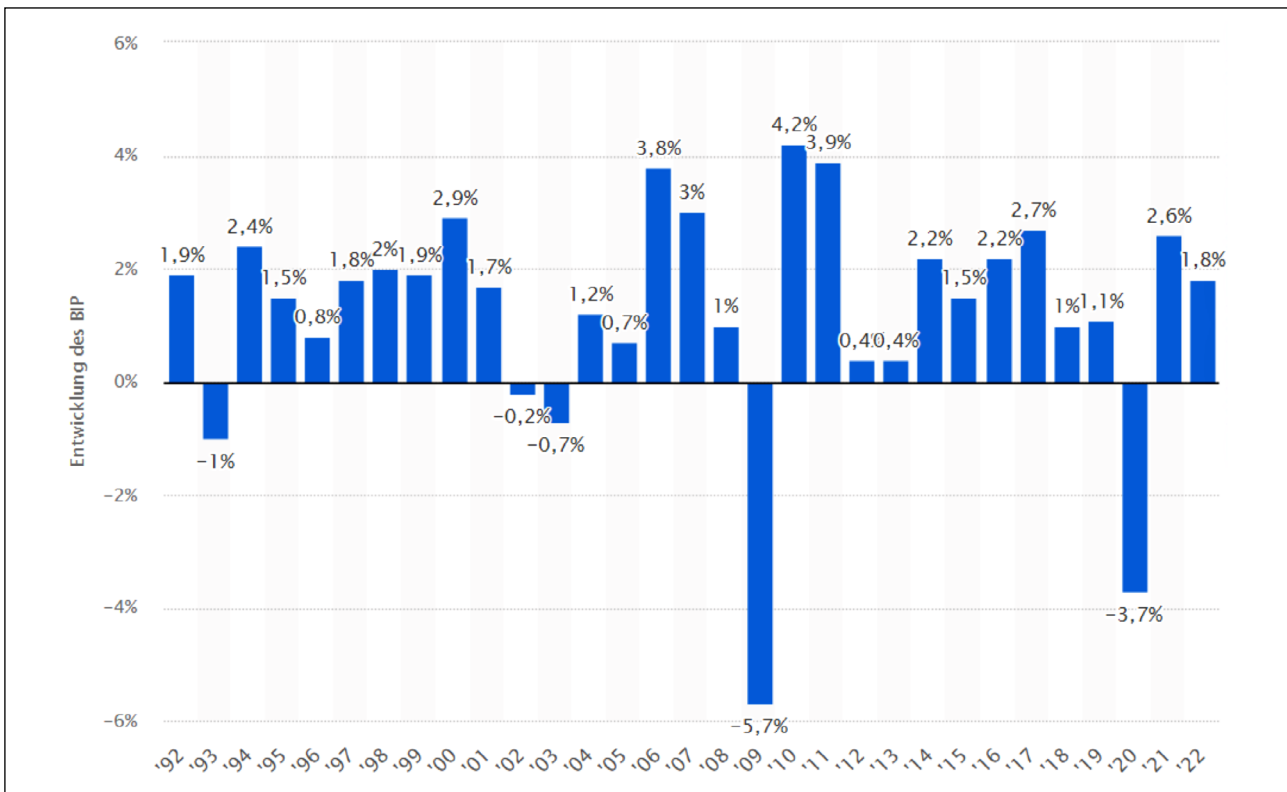
lich mehr als den Mindestlohn. Insgesamt wird dies aber dazu führen, dass die Lohnstückkosten steigen und erneut Teile der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Exportmodells erodieren werden. Die jüngste Streikwelle ist Ausdruck und Vorbote künftiger Konflikte.<sup>6</sup> Der Wert der Arbeitskraft steigt.<sup>7</sup> Solche Trends zeigen sich bislang nur wenig in den Statistiken, sind wahrscheinlich aber mittelfristig

6 In den 1970er-Jahren führte die hohe Inflation zu hohen Lohnforderungen von Gewerkschaften mit relativ starker Organisationmacht. Die ist heute zum Teil nicht mehr vorhanden und muss wieder aufgebaut werden. Der hohe Personalmangel bietet dafür eine gute Grundlage. Allerdings steht wie in den 1970er-Jahren wieder ein Strukturbruch bevor, der diesen relativen Vorteil zumindest aufseiten der Industriegewerkschaften wieder gefährdet.

7 Einschränkend muss gesagt werden, dass es auch in den jüngsten Tarifrunden nicht gelungen ist, die Reallohnverluste der vergangenen Jahre wettzumachen. Momentan wirkt der Aufwertungsdruck weiter. Die drohende Erosion des Exportmodells selbst wird jedoch die Arbeitskräftenachfrage zumindest in der Industrie wieder zum Teil senken und auf diese Weise wieder den Druck auf die Löhne erhöhen. Insofern ist noch nicht ausgemacht, in welche Richtung sich letztlich der Wert der Arbeitskraft entwickelt.



**Abbildung 7: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2022**



Quelle: Statista 2023d

bedeutender als das nach der Pandemie wieder stabilisierte Wachstum (siehe Abbildung 7). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnete im Dezember 2022 mit einem leichten Plus von 0,2 Prozent für 2023, vorausgesetzt, es kommt keine neue Banken- und Finanzmarktkrise dazwischen. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) prognostiziert inzwischen ein Wachstum von 1,2 Prozent für das Jahr 2024 bei einer vergleichsweise hohen Inflation von über 5 Prozent 2023 (IMK 2023) – und doch ist die Wirtschaft in den letzten beiden Quartalen geschrumpft (4. Quartal 2022 minus 0,5 Prozent u. 1. Quartal 2023 minus 0,3 Prozent), so das Statistische Bundesamt (vgl. nd v. 26.5.2023). Technisch gesehen ist das bereits eine Rezession. Nouriel Roubini (2022: 115 ff.) sieht bereits eine Tendenz zur Stagflation wie in den 1970er-Jahren mit stagnierendem Wachstum und steigenden Preisen.<sup>8</sup>

*Zugespitzt zusammengefasst:* Die Grundlagen des Exportmodells – billige Energie und Rohstoffe, im Vergleich zur Wertschöpfung niedrige Löhne, niedrige Preise bei Konsumgütern wie Lebensmitteln und Kleidung – erodieren. Zugleich ist Deutschland auf wichtigen Feldern der Transformation selbst nicht gut aufgestellt – jedenfalls nicht ohne große Investitionsprogramme wie in den USA oder China. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht weder um die nächste plötzliche und große Krise noch um einen langsamen Prozess der Deindustrialisierung wie in Großbritannien oder dem Rust-Belt<sup>9</sup> der USA, sondern um eine mittelfristige Erosion des ohnehin problematischen Exportmodells. Selbstverständlich gibt es entgegenwirkende Faktoren und Anpassungsversuche. Positiv ausgedrückt wäre dies eine Chance für ausgeglichenerere Leistungsbilanzen und für eine stärker binnenzentrierte Entwicklung – dies erfordert aber einen gesteuerten Prozess, wenn diese Neuorientierung nicht über Brüche und Krisen erfolgen soll.

8 Zusätzliche Gefahren drohen durch häufiger auftretende und ausgeprägte Finanzkrisen, wie sie sich in der jüngsten Bankenkrise ausdrückt. Die Überakkumulation von Kapital auf den Finanzmärkten hat durch die Politik des *quantitative easing* durch die Zentralbanken seit der großen Krise 2008/09 nicht abgenommen, sondern sich vielmehr weiter aufgebaut. Die geldpolitische Lockerung war dabei durchaus sinnvoll, um eine Depression (wie sie beispielsweise Griechenland durchmachen musste) zu vermeiden. Versäumt wurde jedoch, überakkumuliertes Kapital – durch Steuern und ein Verbot toxischer Finanzinstrumente – abzuschöpfen und damit den Finanzmärkten zu entziehen, die Mittel für staatliche Investitionen in die Transformation zu nutzen und die Finanzmärkte stärker zu regulieren.

9 Der «Rostgürtel», früher Manufacturing Belt, ist die älteste und größte Industrieregion der USA im Nordosten des Landes.

In der Chip-Industrie, die fast vollständig nach Ostasien abgewandert ist (Europa hält nur noch einen Anteil von 10 Prozent an der globalen Produktion), hat ein Umdenken bereits eingesetzt (vgl. Müller 2023).<sup>10</sup> Dies ist auch bei anderen strategischen Gütern der Fall, wie zum Beispiel medizinischen Grundstoffen (eine harte Lehre der Pandemie): Vermehrt wird wieder über ein Reshoring, das heißt die Rückansiedlung strategischer Produktionslinien, nachgedacht. Zusammen führen Reshoring, nationale Investitionsprogramme und Industriepolitiken, protektionistische Förderpolitiken und Blockkonfrontation schon jetzt zu Tendenzen einer selektiven Deglobalisierung (vgl. Schmalz 2020) und aktiverer Industriepolitik.

Vergleichbar den Programmen in den USA (aber auch in China) schlägt die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für die EU einen 350-Milliarden-Euro-«Souveränitätsfonds» auf Basis gemeinsamer Anleihen vor. Auch plant die EU, einen CO<sub>2</sub>-Zoll zu erheben (Carbon Border Adjustment Mechanism), und unternimmt damit den Versuch, EU-Klimastandards, die für Unternehmen in der EU gelten, über das klassische Mittel der Zölle auf den internationalen Handel auszuweiten. Und die Bundesregierung?

## FÜR EINE NEUE ÖKONOMIE UND DEN REICHTUM DES ÖFFENTLICHEN

Mit der Schuldenbremse kommt man da natürlich nicht weit. Noch ist die Industrie in Deutschland mehr als profitabel. Aber nutzt sie nur noch ihre alten Potenziale aus, verwertet sozusagen das eingesetzte Kapital und die alten (Export-)Strategien? Oder schafft sie die Neuausrichtung angesichts sich verändernder Verhältnisse auf dem Weltmarkt, neuer Konkurrenten und veränderter gesellschaftlicher Bedürfnisse? Denn dafür bedarf es eines mutigen *Investitionsprogramms von mindestens 1,2 Billionen Euro* für die nächsten zehn Jahre hin zu einem *sozial-ökologischen Systemwechsel und einer krisen-resistenten Daseinsvorsorge*, die nicht nur die strategische Infrastruktur für eine in diesem Sinne neue Ökonomie darstellt, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stabilisiert. Heute geht es nicht mehr nur darum, mehr gegen die Klimakrise zu tun oder sozialer als die Ampel zu sein. Heute geht es um ein neues ökonomisches Modell und die Frage, wie wir künftig leben wollen – eine konsequente «Wirtschaftswende», wie es Janine Wissler und Martin Schirdewan (2023) in

ihrem Strategiepapier zum Jahresauftakt der LINKEN nannten.<sup>11</sup>

Investitionen in eine neue Energiebasis und in den Umbau der Industrie, in eine krisen-resiliente soziale Infrastruktur, die das Gewebe unserer Gesellschaft zusammenhält, sind nicht mehr nur eine klimapolitische und soziale Notwendigkeit, sondern die Grundlage für eine neue, stabile Ökonomie mit starker Regulierung, mehr Partizipation und Mitbestimmung und einer neuen Rolle öffentlichen Eigentums und öffentlicher (Bedarfs-)Planung im Rahmen einer echten Wirtschaftsdemokratie.

Eine solche Ökonomie stellt nicht den privaten Profit, sondern den «gesellschaftlichen Wert» («public value»,<sup>12</sup> wie es die berühmte Ökonomin Mariana Mazzucato nennt) in den Vordergrund. Das Öffentliche als Sphäre des Gemeinsamen muss erfahrbar, der *Reichtum des Öffentlichen* herausgestellt werden.

Die Sehnsucht nach mehr Sicherheit, mehr Zeitwohlstand, jenseits des alltäglichen Hamsterrads wächst. Auch die Sehnsucht nach einer intakten und lebenswerten Umwelt und ebensolchen Städten und Dörfern. Die Sehnsucht nach weniger Hetze und Konkurrenz und mehr solidarischen und demokratischen Lebensweisen. Das Gefühl, wir brauchen etwas anderes, einen grundsätzlichen Richtungswechsel für ein gutes Leben im Hier und Jetzt und eine Zukunft auf diesem Planeten.

Für einen solchen sozial-ökologischen Umbau bedarf es unglaublich viel Arbeitskraft. Daher ist die Forderung nach einer *Jobgarantie*, wie sie DIE LINKE erhebt, absolut sinnvoll: Jede\*r sollte das Recht auf eine öffentlich finanzierte, tarifliche Arbeit mit «kurzer Vollzeit» (zwischen 28 und 32 Stunden pro Woche) haben (Riexinger 2020). Eine solche Garantie würde Arbeit besser verteilen und dafür sorgen, dass niemand Angst haben muss, in der Transformation seinen Job zu verlieren. Und eine kurze Vollzeit eröffnet eine Existenz jenseits des Hamsterrads, eine Perspektive auf mehr *Zeitwohlstand*, Zeit für sich und andere, für Sorgearbeit oder für gesellschaftliches und politisches Engagement. Weniger und anders zu arbeiten ist zudem gut fürs Klima.

Die vielen Milliarden an Fördergeldern für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft aus den entsprechenden *Transformationsfonds* sollten an mehr *Partizipation und Mitbestimmung* gebunden werden, denn ein solcher Umbau kann nur gelingen, wenn er die Bedürfnisse von Beschäftigten und Betroffenen berücksichtigt. Mehr *Wirtschaftsdemokratie* kann

10 Wobei aus linker Perspektive klar sein sollte, dass Subventionen für Unternehmen, die beispielsweise in Chipfabriken im Osten Deutschlands investieren, mit dem Erwerb von Eigentumstiteln an diesen Unternehmen verbunden werden sollten, um nicht nur die Nachhaltigkeit am Standort zu sichern (zu oft wurden schon Subventionen von Konzernen dankend verbucht, um nach kurzer Zeit weiterzuziehen, an lukrativere Standorte), sondern auch eine erweiterete Mitbestimmung und Entscheidungen über künftige Geschäftsmodelle im Sinne des Gemeinwohls zu garantieren. Wo öffentliches Geld fließt, sollte dann eben auch öffentliches Eigentum oder zumindest Beteiligungen entstehen.

11 Dieses Strategiepapier geht unter anderem auf einen Entwurf des hier vorliegenden Papiers zurück.

12 Hier nicht im Marx'schen Sinne von Wert.

den notwendigen Umbau beschleunigen und alle daran teilhaben lassen.

*Investitions- und Innovationslenkung:* Es ist höchste Zeit, der Entwicklung der Produktivkräfte eine andere Richtung zu geben, die nicht – wie bislang – an den Perspektiven des Profits ansetzt, sondern sich an den Bedürfnissen der Einzelnen und der Gesellschaft orientiert. Der private Sektor ist in der Lage, komplizierten Unsinn, vom digitalen Gadget bis zur Hightech-Waffe, zu entwickeln, liefert aber keine Lösungen selbst für einfache Probleme, etwa neue Werkstoffe für günstiges und ökologisches Bauen von neuen Wohnungen zu entwickeln, ökologische (Leichtbau-)Materialien und Stoffe zu gewinnen, 100 Prozent erneuerbare Energie mit entsprechenden dezentralen Speicherkapazitäten zu sichern und smarte öffentliche Mobilitätssysteme zu entwickeln bei gleichzeitiger Reduzierung des Verkehrs, Seltene Erden durch alternative Rohstoffe zu ersetzen, Ernährungssouveränität angesichts globaler Erwärmung durch ökologische Anbaumethoden zu gewährleisten und so weiter. Dies sind nur einige Beispiele für progressive Innovationen, die Investitionen in breite öffentliche Grundlagen- und Anwendungsforschung erfordern. Studien zeigen: «Tatsächlich ist es der Staat, der bereit ist, Risiken einzugehen, die Unternehmen scheuen. Er hat sich als schöpferisch erwiesen, schaffte gänzlich neue Märkte und Branchen.» (Mazzucato 2014: 41)

Mehr Wirtschaftsdemokratie und eine gezielte sozial-ökologische Industriepolitik fördern breite Innovationen, denn sie rufen das Wissen der Beschäftigten und der Zivilgesellschaft ab, befördern sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Produkte und Prozesse, ohne dass sie sich sofort als profitabel erweisen müssen. In zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge sollten ohnehin keine privaten Gewinne erwirtschaftet werden. Die negativen Folgen der Ökonomisierung – sei es von Gesundheit und Pflege, sei es bei Mobilität und Wohnen – hat längst zu einer Krise des Sozialen geführt – die Pandemie hat sie nur noch einmal sichtbarer gemacht. Die *sozialen Infrastrukturen gehören in öffentliche Hand* – aber auch jene Bereiche, die für einen schnellen sozial-ökologischen Umbau unverzichtbar sind, allen voran die Energieproduktion. Internationalisierte Produktionsketten sind zu überdenken und zu deglobalisieren. Ins Ausland verlagerte, strategische Produktionsbereiche sollten gezielt zurückgeholt oder neu aufgebaut werden, in öffentlicher Verantwortung, etwa die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen. Dies beinhaltet, die Debatte um das progressive Verhältnis von selektiver «Deglobalisierung» und «solidarischer Alterglobalisierung» weiterzutreiben (statt einer Rückkehr zum

Nationalstaat), verbunden mit neuen internationalen Partnerschaften, die die Energie- und Ernährungssouveränität im globalen Süden stärken. Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft, aufgewertet durch sozial-ökologische Standards und staatliche Intervention und eine neue europäische Arbeitsteilung, tragen auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Die *Vergesellschaftung* zentraler materieller und sozialer Infrastrukturen sowie die Überführung zentraler Produktionsstrukturen in öffentliche Unternehmen oder Genossenschaften sind ein wesentlicher Faktor, um die Transformation noch rechtzeitig zu schaffen. Wir können nicht auf den Markt warten.

Den Kommunen kommt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle zu, weil sie zentrale Bedingungen für das Leben unmittelbar gestalten können und sollten. Das gilt in Zukunft verstärkt für die Bereiche *Wohnen, Gesundheit und Pflege* genauso wie für *Energie und Mobilität*. Entsprechende Volksentscheide und Tarifbewegungen müssen deshalb unterstützt werden. DIE LINKE setzt sich für ein *Rekommunalisierungsgesetz* und die Schaffung einer Anstalt öffentlichen Rechts ein, die die Kommunen beratend fördern und unterstützen sollen. Kurzfristig könnte die Rekommunalisierung in den Kommunen durch einen *Rekommunalisierungsfonds* des Bundes unterstützt werden. Beschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen müssen aufgehoben werden.

Ein anderer Begriff von Reichtum und Wohlstand ist gefragt: soziale Innovationen, sinnvollere Produktion, eine sinnstiftende und gute Arbeit, garantierten und kostenfreien Zugang zu einer breiten Daseinsvorsorge und gesellschaftliche Teilhabe als Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens, lebenswerte Städte, Landschaften und Natur – und eben *Zeitwohlstand*. Für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften – ohne stoffliches Wachstum – werden Umverteilungen bei Einkommen und Arbeit enormen Ausmaßes notwendig sein. Und wenn für die zentralen Bedürfnisse gesorgt ist, kann *weniger* tatsächlich *mehr* sein. Viele haben große Sehnsucht nach dem Ende des Hamsterrads – denn «Zeit ist der Raum zu menschlicher Entwicklung», wie es Marx einst formulierte (Marx 1865: 145). In diesen Prozessen hat die Partei DIE LINKE die Aufgabe und zugleich die Chance, nicht nur soziales Korrektiv zu sein, sondern Zukunft zu gestalten und gemeinsam mit Bündnispartner\*innen etwas Neues zu entwickeln. Es geht ums Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, um eine neue sozial-ökologische und öffentliche Ökonomie, um die Gestaltung von Zukünften.

## LITERATUR UND QUELLEN

**Boewe, Jörn/Schulten, Johannes (2023):** Die Transformation der globalen Autoindustrie, hrsg. v. der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Genf, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/50028](http://www.rosalux.de/publikation/id/50028).

**Grabka, Markus M. (2022):** Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen, DIW Wochenbericht 23/2022, S. 335.

**Hickel, Rudolf (2022):** Preistreiberei und Inflation. Ursachenfundiert gegen die neuen Triebkräfte der sozialen Spaltung, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e. V., 4.9.2022, unter: [www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656778.preistreiberei-inflation.html](http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656778.preistreiberei-inflation.html).

**IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2023):** Schwache Dynamik nach Energiepreisschocks und Zinserhöhungen. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2023/2024, IMK Report 180, unter: [www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008580](http://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008580).

**IWF – Internationaler Währungsfonds (2023):** World Economic Outlook. A Rocky Recovery, April 2023, unter: [www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2023/04/11/world-economic-outlook-april-2023](http://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2023/04/11/world-economic-outlook-april-2023).

**Mackenzie, Kate/Sahay, Tim (2023):** Cash, Cars, Chemicals (and Corn), in: The Polycrisis, 9.3.2023, unter: [phenomenalworld.org/analysis/cash-cars-chemicals-and-corn](http://phenomenalworld.org/analysis/cash-cars-chemicals-and-corn).

**Marx, Karl ([1865] 1962):** Lohn, Preis und Profit, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 16, Berlin, S. 101–152.

**Mazzucato, Marianna (2014):** Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München.

**Müller, Wolfgang (2023):** Europa muss in der Chip-Industrie aufholen – aber wie?, hrsg. v. der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation 1/2023, unter: [www.rosalux.de/publikation/id/50322](http://www.rosalux.de/publikation/id/50322).

**Riexinger, Bernd (2020):** System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können, Hamburg.

**Roubini, Nouriel (2022):** Megathreats. 10 Bedrohungen unserer Zukunft und wie wir sie überleben, München.

**Schmalz, Stefan (2020):** Plädoyer für selektive De-Globalisierung, in: LuXemburg Online, September, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/selektive-de-globalisierung/>.

**Statista (2023a):** Europäische Union. Handelsbilanzsalden der Mitgliedstaaten im Jahr 2022 (in Milliarden Euro), 2.5.2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252105/umfrage/handelsbilanz-der-eu-laender/>.

**Statista (2023b):** Anteil von China am Gesamtvolumen des Außenhandels (Exporte + Importe) von Deutschland von 1991 bis 2022, 26.5.2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1287627/umfrage/chinas-anteil-am-aussenhandel-von-deutschland/>.

**Statista (2023c):** Entwicklung der Reallöhne/ Nominallöhne in Deutschland vom 1. Quartal 2019 bis zum 1. Quartal 2023 (gegenüber Vorjahresquartal), 30.5.2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/152761/umfrage/entwicklung-der-loehne-in-deutschland/>.

**Statista (2023d):** Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2022, 6.6.2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandsprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/>.

**Statista (2023e):** Anteil der Exporte aus Deutschland in die Europäische Union (EU) am gesamten deutschen Export von 1991 bis 2022, 12.6.2023, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/226630/umfrage/anteil-des-eu-handels-am-deutschen-export/>.

**Statistisches Bundesamt (2021):** Die größten Handelspartner Deutschlands 2020, unter: [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/\\_Grafik/\\_Statisch/handelspartner.htm](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_Grafik/_Statisch/handelspartner.htm), depubliziert, letzter Zugriff: 15.2.2023.

**Statistisches Bundesamt (2023):** Außenhandel, 13.6.2023, unter: [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Aussenhandel/Irahl01a.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Aussenhandel/Irahl01a.html).

**Storz, Wolfgang (2020):** Kippt das deutsche Exportmodell, bruchstuecke.info, 7.7.2020, unter: <https://bruchstuecke.info/2020/07/07/kippt-das-deutsche-exportmodell/>.

**Wissler, Janine/Schirdewan, Martin (2023):** Nach der Ampel links. Mit einer Wirtschaftswende raus aus den Krisen, Strategiepapier zum Jahresauftakt der LINKEN 2023, unter: [www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Jahresauftakt\\_Papier.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Jahresauftakt_Papier.pdf).

**Yellen, Janet L. (2022):** Remarks by Secretary of the Treasury Janet L. Yellen on Way Forward for the Global Economy, Pressemitteilung, 13.4.2022, unter: <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0714>.